Stadt Halle (Saale) 24.04.2008

Niederschrift

der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 04.03.2004

öffentlich

Ort: Fachbereich Kinder, Jugend und Familie

Schopenhauerstraße 4 Raum 117 (Konferenzraum)

06114 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 17:00 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Hanna Haupt SPD entschuldigt, Vertretung durch Frau Sabine Wolff

Frau Dr. Annegret Bergner CDU Herr Thomas Godenrath CDU Herr Klaus Hinze CDU Frau Ute Haupt **PDS** Herr Dr. Bodo Meerheim **PDS** Herr Ulrich Richter SPD Frau Sabine Wolff HAL Frau Hannelore Blumenthal **UBF**

Frau Dorothee Fischer Freie Träger i.V.Herr Kramer

Herr Walter Große-Wöhrmann Freie Träger i.V. Frau Antje Klotsch

Herr Jochen Heyroth Freie Träger
Frau Helga Schubert Freie Träger
Herr Winfried Weber Freie Träger

Herr Steffen Wieders Freie Träger i.V. Herr Paul

Frau Stefanie Albrecht beratend
Frau Deckwerth beratend
Herr Ladewig beratend
Herr Lothar Rochau beratend
Herr Sarunski beratend

Frau Dagmar Szabados

Entschuldigt fehlen:

Frau Thea Ilse beratend entschuldigt

Herr Jomrich beratend Frau Renate Leonhardt beratend

Frau Michaela Rychlá beratend entschuldigt

Frau Susanne Schmotz beratend
Frau Heike von Nievenheim Verw
Herr Uwe Weiske Verw

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 15.01.2004
- 4. Jugendsituationsbericht 1/2004 Berichterstattung: Herr Rochau, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie
- 5. Vergabe von Fördermitteln an die Träger der freien Jugendhilfe aus dem Projektbudget 2004
 - Innovative Projekte Vorlage: III/2004/03900

Diese Vorlage wurde durch die Verwaltung zurückgezogen!

- 6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7. Anfragen von Stadträten
- 8. Mitteilungen
- 9. Anregungen

zu Kinder- und Jugendsprechstunde

Wortprotokoll:

Da keine Kinder und Jugendlichen erschienen waren, wurde sofort mit der Sitzung begonnen.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Wortprotokoll:

Frau Wolff eröffnete die Sitzung und stellte fest, dass die Einladung fristgerecht versendet wurde und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben ist.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Wortprotokoll:

Frau Wolff sprach an, dass es durch die Verwaltung zur vorliegenden Tagesordnung eine Veränderung gibt.

Herr Rochau sprach an, dass die im TOP 5 angekündigte Beschlussvorlage "Vergabe von Fördermitteln an die Träger der freien Jugendhilfe aus dem Projektbudget 2004 – Innovative Projekte" durch die Verwaltung zurückgezogen wird. Er begründete dies damit, dass nach gegenwärtigem Kenntnisstand das zum 31.03.04 zu erwartende Antragsvolumen die noch zur Verfügung stehenden Mittel übersteigen würde. Hinzu kommen bereits angekündigte Anträge auf Förderung neuer innovativer Projekte mit einem bisher noch nicht kalkulierbaren Antragsvolumen.

Eine Förderung der Projekte in beantragter Höhe im I. Halbjahr hätte zur Folge, dass die Förderung von Projekten im II. Halbjahr mit Kürzungen verbunden wäre bzw. einzelne Anträge abgelehnt werden müssten. Die Verwaltung hat sich daher entschlossen, ausgehend vom Gesamtantragsvolumen per 31.03.04 eine neue Prioritätensetzung vorzunehmen und voraussichtlich im Mai 2004 eine neue Vorlage einzubringen.

Der TOP 5 wurde demzufolge zurückgezogen und die übrige Tagesordnung wurde bestätigt.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 15.01.2004

Wortprotokoll:

Die Niederschrift vom 15.01.04 wurde ohne Änderungen genehmigt.

Beschluss:

Einstimmig genehmigt

zu 4 Jugendsituationsbericht 1/2004
Berichterstattung: Herr Rochau, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie

Wortprotokoll:

Herr Rochau stellte den Jugendsituationsbericht 1/2004 im Ausschuss vor. Dieser Bericht wird dem TOP als Anlage beigefügt.

Anfragen zum Bericht

Frau Dr. Bergner bemängelte, dass die in der Statistik der Jugendgerichtshilfe benannten Fallzahlen nicht als "absolute Zahl" gewertet werden kann, da diese nicht ins Verhältnis zu der Einwohnerzahl der Kinder und Jugendlichen in dem jeweiligem Sozialraum gesetzt wird.

Herr Rochau sagte zu, dass dies zukünftig berücksichtigt wird und der vorliegende Bericht dahingehend ergänzt wird.

Frau Ute Haupt fragte an, ob davon ausgegangen werden kann, dass diese Zahlen gleichbleibend sind oder wo liegen hier die Probleme.

Herr Rochau verwies hier auf den Bericht zur Kinderdelinquenz, welcher Ende März im Ausschuss gehalten wird.

Anlage Jugendsituationsbericht 1/2004

<u>Inhalt</u>

Themenjahr 2004 "Aufklärung durch Bildung"	7
Das Kinderbüro der Stadt Halle (Saale)	10
Zusammenarbeit Familiengericht und Jugendhilfe bei Angelegenheiten von Trennung, Scheidung und Umgang	14
Kinderstadt 2004	17
Statistik der Jugendgerichtshilfe 2003 im Vergleich	16



Themenjahr 2004 "Aufklärung durch Bildung"

Das Jahr 2004 steht unter dem Motto "Aufklärung durch Bildung". Damit setzt unsere Stadt die Veranstaltungsreihe "Halle an der Saale- Antworten aus der Provinz" fort.

Mit der **Bildung** wird in diesem Jahr ein Thema bearbeitet, das jeden Menschen im Laufe seines Lebens in mehrfacher Hinsicht betrifft und mit dem er ein Leben lang konfrontiert wird. Wir Menschen lernen vom ersten Atemzug an. Die Herausbildung unserer Fähigkeiten zu sprechen, zu laufen, unsere Umwelt wahrzunehmen, zu unterscheiden,... ist **Bildung von Anfang an**.

Am Bildungsprozess sind viele Menschen beteiligt. Zunächst sind es die Familien, mit deren Hilfe und Anleitung das Kind lernt, sich in seiner nahen Umwelt zurecht zu finden. Dann kommen weitere Personen aus dem näheren Umfeld der Kinder hinzu. Das können Kindertageseinrichtungen, Krabbelgruppen oder ähnliches sein. Hier werden in der Interaktion mit Gleichaltrigen Erfahrungen gesammelt und soziale Kompetenzen entwickelt. Die Erkenntnis, dass gerade die ersten Lebensjahre für die weitere Entwicklung des Menschen von großer Bedeutung sind, zeigen die Bedeutsamkeit des Bildungsauftrages vorschulischer Einrichtungen.

Danach folgt Bildung in den Schulen. Hier wird Lernen gelernt und Faktenwissen vermittelt. Aber die Schulen haben auch einen wichtigen **Erziehungsauftrag**. Sie helfen dem Kindern und Jugendlichen, Kernkompetenzen weiterzuentwickeln.

Hinzu kommen die in Halle a. d. S. vorhandenen Angebote und Einrichtungen in der Kinderund Jugendarbeit. Auch sie sind Orte, an denen Bildung stattfindet.

An die schulische Phase anschließend erfolgen Ausbildung und/ oder Studium, die unmittelbar in den Abschnitt des Erwachsenenseins mit Berufs- und Familienleben führen. Das Berufsleben wiederum ist undenkbar ohne Weiterbildung. Und auch in der Freizeit wird weiter gelernt, an Volkshochschulen oder in Kursen anderer Institutionen und Vereine.

Nach Beendigung des Berufslebens bietet sich den älteren Menschen die Gelegenheit, sich geistig fit zu halten, indem neue Themen aufgenommen werden. Seniorenkolleg und Kurse für alte Menschen sind Normalität.

Halle a. d. S. verfügt als **Stadt der Bildung** über eine Vielzahl von Möglichkeiten, die genutzt werden können. Die Vereine, Verbände und Einrichtungen der Stadt laden ein, die einzelnen Angebote zu nutzen.

Halle als Stadt der **Bildung und der Kultur**, in der Einrichtungen wie die Hallesche Universität, die Franckeschen Stiftungen, das Händelhaus und die Museen eine lange Tradition haben, ist nahezu prädestiniert, das Thema Aufklärung durch Bildung aufzugreifen und umzusetzen.

Die Vorbereitung und Durchführung des diesjährigen Themenjahres übernimmt seitens der Stadt Halle eine Arbeitsgruppe, die sich aus Trägern von Kindertageseinrichtungen, Schulen, dem Arbeitskreis Familienbildung, Trägern der Jugend- und der Erwachsenenbildung und Interessenvertretern (z.B. Stadtelternbeirat) zusammensetzt. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe und zahlreiche Vereine und Verbände werden mit abwechslungsreichen Veranstaltungen zum Gelingen des Themenjahres beitragen.

Im Themenheft, das in Kürze erscheint, finden Sie Veranstaltungen aus allen Bereichen der Bildung, die hier in Halle a. d. Saale existieren. Durch ein vielseitiges Angebot wird Ihnen die Möglichkeit gegeben, die unterschiedlichen Zugänge zum Thema "Bildung" zu nutzen.

Eine kleine Auswahl von Veranstaltungen:

Eröffnungsveranstaltung zum Themenjahr

20. März

im Rahmen der Francke-Feier

Festvortrag von Hellmut Seemann, Präsident der Kulturstiftung Weimarer Klassik

Christian-Wolff-Kongress

4. - 9. April 2004

IZEA u. Philosophische Fakultät der MLU

Ausstellung zum 250. Todestag von Ch. Wolff "Wolff und Europa"

April – September 2004

Stadtmuseum Halle, Christian-Wolff-Haus

Ausstellung "A. H. Niemeyer" zum 250. Geburtstag

Mai - November 2004

Jahresausstellung der Franckeschen Stiftungen

Tagung "A.H. Niemeyer"

Juni 2004

IZP, Franckesche Stiftungen

Musikalisches Lindenblütenfest

26./27. Juni 2004

Franckesche Stiftungen

Wettbewerb (Preisverleihung) und Symposion zum Freylinghausenschen Gesangbuch

September 2004

Franckesche Stiftungen, Int. Arbeitsgemeinschaft für Hymnologie

Europawoche in Halle

Thema: Partnerstadt Oulu, Finnland

3.-9.Mai 2004

450 Jahre Marktkirche

Festwoche im November 2004

Tag der Jugendbildung

Oktober 2004

Schulfähigkeit ist das Ergebnis einer erfüllten Kindheit"

Fachtagung der SKV Kita gGmbH, November/Dezember 2004

Bildungswege- "Eine sicher Zukunft?"

Information für Deutsche und Kurden im Gimmi 28.08.2004 und 29.08.2004

Projekt "Zeitensprünge" im Rahmen der Bundesinitiative "wir ... hier und jetzt".

Kinder- und Jugendhaus e.V.

Feb .- Okt. 2004

"Was bitte bedeutet der Begriff Bildung?"

Fachgespräch im Stadthaus 12. Mai 2004

Jugenduniversität

studentische Initiativgruppe "Jugenduni" April– Juni 2004

Ansprechpartner für das Themenjahr sind:

Fachbereich Kinder, Jugend und Familie, Ressortleiterin Jugendförderung/Spezielle soziale Dienste:

Frau Brederlow, Tel: 0345 / 2215720, Mail: katharina.brederlow@halle.de

Franckesche Stiftungen, Koordination Themenjahr:

Frau Klapperstück, Tel: 0345 / 2127428, Mail: klapperstueck@francke-halle.de

Franckesche Stiftungen, Leiterin Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit: Frau Michler, Tel: 0345 / 2127405, Mail: michler@francke-halle.de

Das Kinderbüro der Stadt Halle (Saale)

Das Kinderbüro der Stadt Halle (Saale) besteht seit dem 6. Dezember 2001. Es hat sich aus den bereits seit 11 Jahren bestehenden Strukturen des Kinder- und Jugendschutzes entwickelt und setzt damit den gesetzlichen, erzieherischen und strukturellen Kinder – und Jugendschutz in der Stadt Halle (Saale) um, ist Ansprechpartner für Partizipationsprojekte mit Kindern und Jugendlichen und koordiniert die Umsetzung der Kinderfreundlichkeitsprüfung der Stadtverwaltung.

1. Kinder- und Jugendschutz (KJS)

Der Kinder- und Jugendschutz nimmt noch immer das breiteste Spektrum der Arbeit des Kinderbüros ein. Er umfasst mit seinem Drei- Säulen- Modell sowohl gesetzliche Initiativen (gesetzlicher Kinder- und Jugendschutz) oder strukturelle Veränderungen (struktureller Kinder- und Jugendschutz) als auch der Einsatz von Aufklärungs-, Erziehungs- oder Beratungsangeboten (präventiv/erzieherischer Kinder- und Jugendschutz).

Die Zielgruppen des Kinder- und Jugendschutzes sind Kinder, Jugendliche, junge Volljährige, Eltern, Lehrer, Erzieher, Arbeitgeber, Ausbilder, Bezugspersonen junger Menschen und die breite Öffentlichkeit.

Der **erzieherisch/präventive Kinder- und Jugendschutz** ist die einzige Struktureinheit in der Jugendhilfe, die die Prävention zum Hauptauftrag hat (SGB VIII §14).

Die Mitarbeiterinnen des KJS der Stadt Halle(Saale) legen ihre Handlungspriorität entsprechend der gesetzlichen Grundlage auf eine **frühzeitige Prävention** in Form von Information, Aufklärung, Beratung, thematischer Sensibilisierung von Zielgruppen und Erfahrungsaustausch zur Vorbeugung gegen und zum kritischen Umgang mit möglichen Gefährdungen.

Ziel aller Interaktionen der Mitarbeiterinnen ist die Befähigung von Kindern und Jugendlichen zu einer selbst bestimmten Lebensführung, zur Kritikfähigkeit, Entscheidungsfähigkeit und Eigenverantwortung.

Entsprechend der Lebenslage und Situation der Kinder und Jugendlichen unserer Stadt orientieren sich die Interaktionen des KJS an den verschiedenen Gefährdungsbereichen. (siehe Vorlage Kinderbüro Mai 2003)

Im Rahmen des **erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes** organisieren die Mitarbeiterinnen des Jugendschutzes **Informations-, Beratungs- und Hilfsangebote** für Kinder, Jugendliche, Erwachsene, Erziehungsberechtigte und pädagogische Fachkräfte zu allen benannten kinder- und jugendgefährdenden Bereichen.

Sie gestalten nach Bedarf Multiplikatorenveranstaltungen, Fachforen und Elternabende in Kindertagesstätten, Schulen aller Schulformen und Jugendfreizeiteinrichtungen und führen Präventionsveranstaltungen für Kinder und Jugendliche zu den Themen Aggression, Gewalt, Sexualität und AIDS, Sucht, neureligiöse Sondergemeinschaften und dem Umgang mit Medien durch.

Im den letzten Jahr orientierten sich die **Präventionsprojekte** und Angebote des Kinder- und Jugendschutzes in der Stadt Halle(Saale) vordergründig an den Gefährdungsbereichen Medien, an den neureligiösen Sondergemeinschaften sowie die auf die AIDS – Prävention.

Dazu gehört u. a. die Organisation und Durchführung zahlreicher Präventionsveranstaltungen in Schulen im Rahmen der AIDS – Prävention (gemeinsam mit dem Koordinierungskreis AIDS – Prävention der Stadt Halle und des Saalkreises).

In der Zeit vom 3.11. bis 8.11.03 fand in der Stadt Halle ein Lokale – Multi - Media – Woche statt, welche auf Initiative des Kinderbüros entstand und gemeinsam mit vielen Kooperationspartnern umgesetzt wurde. Die Mediawoche stellte zahlreiche Angebote und Umsetzungsmöglichkeiten des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes dar und setzte sich darüber hinaus mit dem neuen Jugendschutzgesetz auseinander, welches seit dem 1.04.03 in Kraft getreten war.

Damit konnte auch das Aufgabengebiet des **gesetzlichen KJS** einbezogen werden, welches die Information, Beratung und Kontrolle der bestehenden Jugendschutzgesetze umfasst und sich damit an Gewerbetreibende, Erziehungsberechtigte, pädagogische Fachkräfte, Kinder und Jugendliche richtet.

In den vergangenen Jahren fand unter der bundesweiten Einbeziehung der Mitarbeiter des Kinder- und Jugendschutzes eine **Novellierung der Jugendschutzgesetze** (JÖSCHG, GjS) statt. Das Ergebnis lag 2003 vor und ist am 1.04.03 in Kraft getreten. Dies machte im vergangenen Jahr eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit zu dem neuen Gesetz erforderlich, bei welcher, gemeinsam mit dem Fachbereich Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit (FB 32), unterschiedliche Informationsangebote an die Gewerbetreibenden herangetragen wurden. Der Fachbereich 32 wird zukünftig die Umsetzung der Einhaltung des neuen Jugendschutzgesetzes kontrollieren und bei wiederholten Verstößen bzw. Gefährdungen für Kinder und Jugendliche den Kinder- und Jugendschutz hinzuziehen.

Die Mitarbeiterinnen des Kinder- und Jugendschutzes im Kinderbüro der Stadt bearbeiten Anträgen nach §6 und § 14 JArbSchG - Ausnahmegenehmigung zur Kinderarbeit z.B. bei Theateraufführungen oder Castings. Dies ist ein weiterer Bereich des gesetzlichen KJS der in enger Zusammenarbeit mit verschiedenen Gewerbeaufsichtsämtern umgesetzt wird. In Gesprächen mit den Gewerbetreibenden vermitteln die Mitarbeiterinnen des KJS Informationen zu gesetzlichen Bestimmungen und deren Änderungen. Die Mitarbeiterinnen des KJS Jugendliche, Eltern, Lehrer, Lehrausbilder, Gewerbetreibende und Arbeitgeber zu rechtlichen Grundlagen. (z.B. Informationen zur Ferienarbeit, Beachtung von Pausen und Ruhezeiten usw.)

Der gesetzliche und der erzieherische Kinder- und Jugendschutz in der Stadt Halle (Saale) können nur so erfolgreich umgesetzt werden, wie es die derzeitigen **sozialen Räume und Kontexte** für hallesche Kinder, Jugendliche und Familien zulassen.

Die Mitsprache und Mitarbeit des Kinder- und Jugendschutzes in verschiedenen Arbeits- und Entscheidungsgremien dient deshalb dem Ziel, die sozialen Räume und Kontexte in denen Entwicklung und Aufwachsen stattfinden, durch entsprechende Interventionen zu verändern um positivere Lebens- und Umweltbedingungen für Kinder, Jugendliche und Familien zu schaffen. Das ist gleichzeitig das Ziel des strukturellen Kinder- und Jugendschutzes.

Für eine kommunale und politische Umsetzung der Ziele und Aufgaben des gesetzlichen und erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes innerhalb der Kontexte des strukturellen Jugendschutzes benötigen die Mitarbeiterinnen eine enge **Vernetzung und Zusammenarbeit** mit kommunalen und überregionalen Kooperationspartnern. Der Ausbau der Beziehungen zu Kooperations- und Vernetzungspartnern zur Änderung der bestehenden strukturellen Kontexte, im Sinne eines Lebenslagen bezogenen präventiven Kinder- und Jugendschutzes, ist immanente Aufgabe der Mitarbeiterinnen des Kinder- und Jugendschutzes.

Die Mitarbeiterinnen sind dabei in verschiedenen kommunalen und Landesarbeitsgremien tätig, um sowohl eine enge Zusammenarbeit und Vernetzung bei gefährdungsspezifischen Themen als auch die Schaffung von Strukturen zu den Bereichen des KJS zu unterstützen.

Mit der Diskussion und Umsetzung der neuen Leitziele der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik in der Stadt Halle (Saale) gewinnt der strukt. KJS, die Schaffung von sozialen Umsetzungsräumen, zunehmend mehr an Bedeutung.

2. Die Kinderfreundlichkeitsprüfung (KFP) der Stadtverwaltung

Mit dem **Stadtratsbeschluss** vom 30. Januar 2002 zur "Einführung und Umsetzung der Kinderfreundlichkeitsprüfung in der Stadtverwaltung Halle (Saale)", begab sich die Verwaltung auf den Weg zu einer kinderfreundlichen Stadt.

Mit dem Beschluss, bei kommunalen Entscheidungen stärker die Situation und die Interessen von Kindern und damit ihrer Familien zu berücksichtigen verdeutlicht die Stadt Halle auch nach außen, dass sie **kinder- und familienfreundliches Handeln** nicht als Luxus sondern als zunehmend **wichtigen Standortfaktor** ansieht.

Die Vorbereitungen zur Erstellung des Stadtratsbeschlusses wurden bereits durch die Mitarbeiterinnen des Kinder- und Jugendschutzes koordiniert, so dass nach der erfolgten Beschlussfassung die weitere Koordination der KFP dem Kinderbüro übertragen wurde.

Um den beschlossenen Kriterienkatalog im gesamten Verwaltungshandeln umzusetzen und die Mitarbeiterinnen der einzelnen Fachbereiche für die KFP zu motivieren, wurde aus jedem Fachbereich ein Vertreter benannt, welcher dort für die Koordination zuständig ist. Damit war eine weitere Grundlage für die Umsetzung der KFP gelegt.

Das Kinderbüro wird im Mai 2004 den ersten Zweijahresbericht zur Umsetzung der KFP im JHA vorstellen.

3. Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen

Mit der Entstehung des Kinderbüros und der personellen Erweiterung um eine Mitarbeiterin (aus der Verwaltung Kindertagesstätten) wurde eine Grundlage geschaffen, der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in unserer Stadt ein Podium zu geben. Es wurde nunmehr möglich, Partizipation nicht nur in kleinräumlichen Strukturen stattfinden zu lassen, sondern mit der Koordination, Vernetzung und Durchführung entsprechender Projekte über diese Grenzen hinauszugehen.

Im ersten Jahr des Bestehens des Kinderbüros wurden diesbezüglich schon einige Projekte umgesetzt die aufgezeigt haben, wie wichtig Beteiligung für Kinder und Jugendliche ist.

Partizipationsprojekte wie "United-Paintings", "Stadtumbau – Ost" und der "2. Kinderkongress" waren erste positive Interaktionen hallescher Kinder und Jugendlicher. Diese Projekte haben nicht nur dazu geführt, dass Kinder und Jugendliche hallescher Schulen sich angesprochen fühlten, sondern dass auch einige Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung einen anderen Blick für eine kinderfreundliche Stadt bekommen haben.

Das Projekt "United Paintings" – Kinder gestalten Europa fand am 31.05.und 1. Juni 2002 zum Internationalen Kindertag im Stadtteil Halle/Neustadt statt. Es ist eine Initiative des Bochumer Vereins "Together in Peace" (T.I.P.) unter der Schirmherrschaft von Unicef. Unter dem Motto "Für Freundschaft ohne Grenzen" wird weltweit gemeinsam mit vielen Kindern und Erwachsenen ein unübersehbares Zeichen für Toleranz und Völkerverständigung gesetzt. In den vergangenen 5 Jahren ist dieses internationale Projekt, bei welchem Kinder Stoffstücke bemalten die zu einem Friedensbanner zusammengenäht wurden, mit Hilfe von 8000 Kindern aus 11 Nationen auf 2000 Meter gewachsen.

Unter dem Motto des Wettbewerbes "Stadtumbau nur mit uns" gab es die Beteiligungsprojekte "Silberhöhe - die Waldstadt" und "Zuhause im Südpark".

Ziel beider Projekte war es, Kinder aktiv in die Planung der Stadtteilerneuerung einzubeziehen. Es sollte bei ihnen ein Problembewusstsein für notwendige Veränderungen im Wohngebiet geweckt werden. Sie sollten Visionen entwickeln, wie ihr erneuerter Stadtteil aussehen soll, was sie sich dort wünschen und sie sollten bei ihren Planungen die Bedürfnisse anderer Betroffener (Eltern mit Kleinkindern, Erwachsene, Senioren, Behinderte) mit bedenken.

Hierzu gab es in beiden Stadtteilen eine Zukunftswerkstatt und Projektarbeiten mit Grundbzw. Sekundarschülern die sich für Veränderungen in ihrem Stadtteil interessierten und daran aktiv mitwirken wollten. An mehreren Nachmittagen fanden dazu Veranstaltungen statt, bei denen die Schüler für die jeweiligen Probleme sensibilisiert wurden, Ziele benannt wurden und eine Auseinandersetzung mit dem Wohnumfeld stattfand.

Als Ergebnisse entstanden verschiedene Modelle von Spielplätzen und Grünanlagen, welche die Ideen und Vorstellungen der Schüler plastisch darstellten. Die Gesamtdokumentation dieses Beteiligungsprojektes wurde im Rahmen des Bundeswettbewerbes "Stadtumbau nur mit uns" in Berlin eingereicht. Für das Projekt "Silberhöhe – Die Waldstadt" erhielt die Stadt Halle (Saale) den 3. Preis, welcher mit 5000 Euro dotiert war.

Neben den drei benannten Partizipationsprojekten wurden 2002 noch 3 offene Schulhöfe mit Kindern und Jugendlichen geplant und ein Kinderfreizeitplan mit den Kindern des Kinderclubs, welcher sich regelmäßig im Kinderbüro trifft, erstellt. Dieser Kinderfreizeitplan wird Anfang 2003 gedruckt und ist für die Kinder im Wohngebiet Halle- Süd I und interessierte Bürger gedacht. 2003 soll auch für andere Wohngebiete ein solcher Kinderfreizeitplan erstellt werden.

Ein weiteres großes Beteiligungsprojekt war 2002 der **2. Kinderkongress** der Stadt Halle (Saale) unter dem Motto "(H)Alle für mehr Kinderfreundlichkeit", welcher am 9. November stattfand.

Auf dem 2. Kinderkongress wurde der Kinder- und Jugendrat der Stadt Halle gegründet. Dieser wird als ein aktiver Partner der Verwaltung gesehen, welcher sich regelmäßig monatlich trifft und themenorientiert in Projektgruppen arbeitet.

Zur Teilnahme am Kinderkongress konnten mehrere MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung gewonnen werden, welches ein erstes Indiz für die **Bereitschaft und das Interesse** an der Umsetzung der KFP ist. Es beteiligten sich die Fachbereiche Umwelt; Schule, Sport und Bäder; Gesundheit und Veterinärwesen; Medien und Kommunikation; das Kulturbüro und der FB Kinder, Jugend und Familie. Die Vertreterinnen der Fachbereiche standen den Kindern und Jugendlichen als sach- und fachkundige Partner zur Verfügung.

Das Kinderbüro und der KJR beteiligen sich am Landesprojekt "get up – Partizipation in Sachsen /Anhalt" in dessen Ergebnis, ein größeres und festeres Netz aller an Partizipation Interessierten entstehen soll. Eine intensivere Zusammenarbeit von Einrichtungen, Institutionen, Jugendeinrichtungen und der Politik soll in den kommenden Jahren ermöglicht werden.

Zusammenarbeit Familiengericht und Jugendhilfe bei Angelegenheiten von Trennung, Scheidung und Umgang

Mit der Kindschaftsrechtsreform 1998 setzten bundesweit professionsübergreifende Diskussionen zur Ausgestaltung der elterlichen Sorge einschließlich des Umgangs bei Trennung und Scheidung von Elternpaaren bezogen auf ihre gemeinsame elterliche Pflicht gegenüber ihren Kindern.

Auch in Halle fanden dazu 3 interdisziplinäre Arbeitstagungen statt:

- 1998 zum Thema Zusammenarbeit und Auftrag der einzelnen Professionen
- 1999 zum Thema Professionsübergreifende Kooperation und Entwicklung einer arbeitsteiligen Handlungsstrategie anhand eines Fallbeispieles
- 2003 zum Thema Umgangsverweigerung von Trennungs- und Scheidungskindern Probleme, Lösungsansätze und Grenzen –

1998 gründete sich der **Arbeitskreis Mediation** unter Beteiligung aller Professionen, so dass fortan themenbezogen die Vertreter der einzelnen Professionen / Disziplinen an den Arbeitstreffen teilnahmen bzw. mitwirkten und es auch weiterhin tun.

Darüber hinaus gibt es jährlich stattfindende **Arbeitstreffen** mit dem **Amtsgericht** Halle Saalkreis durch den **Fachbereich** Kinder, Jugend und Familie der Stadt Halle.

Das diesjährige Arbeitstreffen bezog sich ausschließlich auf das Thema Zusammenarbeit des Familiengerichtes und des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD) bei Angelegenheiten von Trennung, Scheidung und Umgang. Dabei stand die Vorstellung des Arbeitsprinzips des Amtsgerichtes und des Referates Jugendhilfe Cochem Zell – bekannt unter dem Namen "Cochemer Modell" – im Zentrum dieser Arbeitsberatung.

Kernpunkte dieses Arbeitsprinzips sind:

- Kind im Zentrum Eltern daraufhin aktivieren, verpflichten, d.h. konsequente Trennung/Unterscheidung der Eltern- und Paarebene und Verlassen der Gewinner-Verlierermentalität
- Gerichtlich frühzeitige Terminierung von Kindschaftssachen
- Gleichwertigkeit jeder Profession und verpflichtendes Zusammenwirken aller Professionen; Verlassen der Gewinner- Verlierermentalität (Anwälte der streitigen elterlichen Parteien)
- Monatliche Arbeitstreffen
- Offensive Öffentlichkeitsarbeit

Seitens der teilnehmenden Familienrichter an vorgenannter Arbeitsberatung ist dieses schlüssig wirkende Arbeitsmodell auf solches Interesse gestoßen, so dass nunmehr nach passfähigen Handlungsstrategien im Amtsgerichtsbezirk Halle Saalkreis gesucht wird. Dabei werden die bilateralen Beratungen zwischen Familienrichtern und ASD nicht ausreichen. Der bestehende Arbeitskreis Mediation könnte jedoch eine mögliche Plattform für dieses Vorhaben bilden. Erste Anstöße der Diskussion sind gesetzt. Das Gelingen dieses Vorhabens hängt im Wesentlichen von dem Wollen eines einheitlichen Handelns aller beteiligten Professionen an der Aufgabe – Entscheidungen bei Trennung, Scheidung und Umgang - ab.

Der "Arbeitskreis Trennung/Scheidung Cochem-Zell –kurze Chronologie einer gelungenen interdisziplinären Zusammenarbeit -

Arbeitskreis Cochem

Entstehung

Der Arbeitskreis "Trennung und Scheidung" wurde 1992 in Cochem gegründet. Zunächst ging es dem Jugendamt und der Beratungsstelle 'nur' um eine kritische Auseinandersetzung über die Art und Weise ihrer Zusammenarbeit in Sorgerechtsverfahren. Aus diesen Gesprächen entstand die Initiative für einen Arbeitskreis. Man wollte die Gesprächsrunde fortsetzen und dabei die verschiedenen, an Scheidungs- und Sorgerechtsverfahren beteiligten Professionen zusammenbringen. Es wurde offenkundig, dass das Wissen über die verschiedenen Professionen untereinander sehr mangelhaft und von Berührungsängsten geprägt war. Im Jahre 1993 wurde ein Arbeitskreis gegründet, der sich zunächst dreimal jährlich traf und sich u.a. folgenden Aufgaben stellt:

- Institutionen und Personen, die bei Trennung und Scheidung von Eltern beteiligt sind, miteinander ins Gespräch zu bringen, um Vorgehensweisen und spezielle Hilfsangebote untereinander bekannt zu machen.
- Formen der Kooperation zu entwickeln und zu praktizieren
- die Öffentlichkeit zu informieren
 Heute gehören dem Arbeitskreis die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamtes,
 der Erziehungs-, Ehe-, Familien-, Lebensberatungsstelle Cochem, die Familienrichter
 des Amtsgerichtes, alle Rechtsanwälte des Amtsgerichtsbezirkes Cochem- Zell und
 forensische Psychologen an.

Aufgaben

Der regelmäßige intensive Austausch und die Zusammenarbeit aller Arbeitskreismitglieder hat im Laufe der Zeit dem Arbeitskreis neue gemeinsame Inhalte gegeben. Durch die Vernetzung der beteiligten Institutionen wird eine Deeskalation der Scheidungssituation im Interesse der betroffenen Kinder angestrebt. Inzwischen finden etwa 10 Arbeitskreistreffen unter einem mehrheitlich beschlossenen Thema statt.

Arbeitsweise

Familiengericht:

Wenn bei der richterlichen Anhörung deutlich wird, dass das Verfahren strittig ist, werden die Parteien von Seiten des Richters auf die Auswirkungen für die Kinder hingewiesen und auf die Möglichkeit der Beratung aufmerksam gemacht, unter Umständen in einzelnen Fällen auch unter dem entsprechenden Druck. Wenn die Eltern strittig sind und bis zu Beginn der Anhörung nicht zu einer Beratung bereit waren, so bewirkt oft das Setting des Gerichts eine Meinungsänderung. An dieser Stelle wird die Verhandlung unterbrochen und das Elternpaar zusammen mit einem Anwalt oder auch einem Mitarbeiter des Jugendamtes zur Beratungsstelle begleitet. Ein konfliktverschärfender Schlagabtausch der Anwälte findet bei Sorgerechtsentscheidungen nicht statt. Anträge zum Kindeswohl im Familiengerichtsverfahren werden nicht mehr als Eilanträge gestellt oder verhandelt. Ortsfremde Anwälte, die die Arbeitsweise des Familiengerichtes Cochem-Zell nicht kennen, erleben unter Umständen eine Enttäuschung, wenn ihre vorbereitete Strategie erfolglos bleibt. Alle Versuche, die Interessen des Klienten ohne Rücksicht auf das Kindeswohl durchzusetzen, werden von Seiten des Richters nicht

akzeptiert. Zur Ermittlung der Kindesinteressen führt der Richter Hausbesuche durch um die Kinder in ihrer gewohnten Umgebung zu hören.

Anwälte:

Erste Anlaufstelle für die zur Scheidung entschlossenen Ehepartner sind in der Regel die Anwälte. Hier wird bereits, sind von dem Trennungsverfahren Kinder betroffen, auf die Möglichkeit der Beratung in der Beratungsstelle hingewiesen und gegebenenfalls Termine vereinbart. Schon bei den ersten Gesprächen klären die Anwälte über Auswirkungen von Elternkonflikten auf Kinder auf. Schriftsätze werden grundsätzlich nicht streit- und konfliktfördernd aufgesetzt.

Beratungsstellen:

Durch die interdisziplinäre Konfliktsteuerung steht die Beratungsstelle in verschiedenen Fragen nicht mehr allein; Rücksprachen, z.B. mit Anwälten, Richtern, Jugendamt und der forensischen Gutachterin können in der Beratung hilfreich sein. Die Schweigepflicht findet immer Beachtung. Die größte Anforderung wird jedoch an die Flexibilität der Beratungsstelle gestellt, da an den Sitzungstagen des Familiengerichtes Terminabsprachen mit den Eltern notwendig sind. In Fällen, wo der Familienrichter während der Anhörung der Parteien zu einer Inanspruchnahme einer Beratung drängt, auffordert oder die Empfehlung dazu ausspricht, muss nach Aussetzung der Anhörung eine Terminierung möglich sein. Von der Qualität der Beratung hängt der Erfolg des Konzepts des Arbeitskreis Trennung und Scheidung wesentlich ab. Der betreute oder begleitete Umgang nimmt neben der Vermittlungstätigkeit einen breiten Raum ein. "Wenn sich Eltern im Familiengerichtsverfahren dennoch weiter um die Kinder streiten, kann der Auseinandersetzung durch betreute Besuche Schärfe genommen werden. Betreute Besuche verfolgen das Ziel, dem Kind und beiden Elternteilen einen konfliktfreien Umgang als Vater und Mutter zu ermöglichen."

Psychologen:

Die Aufgabe der psychologischen Sachverständigen hat sich in entscheidendem Maße verändert. Während in früheren strittigen Sorgerechtsverhandlungen die gutachterliche Tätigkeit der diagnostischen Ermittlung des für das Wohl des Kindes am besten geeigneteren Elternteils überwog, so findet heute ausschließlich eine interventionsdiagnostische und vermittelnde Tätigkeit statt .

Kinderstadt 2004

konzept kinderstadt halle vom 11.06 bis 17.07.2004 auf der peißnitzinsel ein kooperationsprojekt des thalia theaters halle und dem kinderstadt halle e.v. mit kinder und jugendfreizeiteinrichtungen, vereinen sowie einrichtungen der stadt halle

Schirmherr: Bundespräsident Johannes Rau

1. Projektthema

Das Thalia Theater Halle wird im Sommer 2004 zum zweiten Mal eine Kinderstadt initiieren. Über fünf Wochen wird ein Spielraum entstehen, in dem Kinder in eigener Regie eine Stadt mit all ihren Handlungsmöglichkeiten und komplexen Zusammenhängen planen, bauen und belehen

Als Kinder und Jugendtheater greift das Thalia Theater damit die vor mehr als zwei Jahrzehnten entstandene Idee von Sozialpädagogen auf, Kinder aus künstlich geschaffenen, abgeschlossenen und von der "Erwachsenenwelt" weitestgehend abgeschirmten Spielräumen an einen neuartigen Spielraum heranzuführen.

In den vergangenen zwanzig Jahren haben verschiedenste Institutionen in mehreren Städten die Idee erfolgreich umgesetzt.

Das Projekt Kinderstadt in Halle

Mit der Kinderstadt 2004 möchte das Thalia Theater und der Kinderstadt Halle e.V. Kindern und Jugendlichen im Alter von 6-14 Jahren diesen Spiel- und Erfahrungsraum in Form eines zeitlich begrenzten Projektes zur Verfügung stellen.

Der wesentliche Unterschied zu den anderen Kinderstädten besteht darin, dass wir das Projekt bereits in der Planungsphase als Partizipationsprojekt verstehen.

In Vorbereitung auf das Projekt finden Workshops mit Kindergruppen zu den Themen Demokratie, Geld, Wohnen und Stadtstruktur statt. Ziel dieser Veranstaltungen ist es, mit Kindern konkrete Vorstellungen zu ihrer Stadt zu erarbeiten und diese gemeinsam umzusetzen. Um die komplexen Zusammenhänge eines Stadtlebens zu verdeutlichen, werden als Rahmenbedingungen fünf Aktionsbereiche vorgegeben:

- Produktion,
- Verwaltung,
- Dienstleistung,
- Kultur & Freizeit sowie
- Versorgung.

Der Aufbau der Stadt wird auch gemeinsam mit Kindern erfolgen. Bereits in der Planungsphase ermöglichen wir es ihnen zu ihren Ideen und Planungen der Stadt mit äquivalenten Einrichtungen und Experten aus der "großen" Stadt zu kommunizieren (Stadtplanungsamt, Stadträte, Wissenschaftler, Bürgermeister, Filmvorführer, Bäcker, Dachdecker ...). Schon in der Vorbereitungsphase setzen wir auf die Beteiligung der Stadt Halle und der Region mit ihren Besonderheiten. Die Einmaligkeit und Innovation der Kinderstadt in Halle besteht auch darin, dass die Durchführung mit einem breiten Bündnis von Kooperationspartner angestrebt wird, um inhaltliche Qualität, Vielfalt und die Vernetzung von Initiativen aus dem kulturellen, schulischen und außerschulischem Bereich zu erreichen. So wird gewährleistet, dass auf breiter Ebene Kinder angesprochen werden

können, und bereits in der Planungsphase eine intensive künstlerisch -pädagogische Auseinandersetzung mit Kindern zum Thema Stadt stattfinden kann.

Die Beziehungsformen zwischen Kindern und Erwachsenen "reduzieren" sich auf die Festlegung von Rahmenbedingungen sowie die Verfügbarkeit als Ansprechpartner. Erwachsene sind Gäste und dürfen sich nicht in das Spielgeschehen einmischen.

Gestaltung

Der Standort auf der Wiese zwischen Peißnitzhaus, Peißnitzexpress und Planetarium soll den beteiligten Kindern die Möglichkeit einer wirklichen Stadtgründung geben. Durch die vorhandenen Strukturen besitzen wir bereits einige Hauptwege und natürliche Begrenzungen.

Um die materielle Basis für den Bau einer Stadt langfristig vorbereiten zu können, ohne die Gestaltung vorweg zu nehmen, werden wir den beteiligten Kindergruppen bestimmte Materialien und Module anbieten. Für wetter- und windfeste Konstruktionen beabsichtigen wir die Anschaffung eines Metallrohrsystems mit Knotenpunkten, die in verschiedenen Winkeln miteinander gesteckt und verschraubt werden. Die so entstehenden Häuser werden mit Stoffen, Holz oder Kunststoff verkleidet und bemalt. Diese können bei Veränderungswünschen innerhalb weniger Stunden zu neuen Formen kombiniert werden. So werden unsere Besucher nicht mit einem Fertigprodukt konfrontiert, sondern sind aufgefordert, die Stadtstruktur ihren Ideen entsprechend ständig zu verändern. Wir möchten die Kinder dadurch ermuntern, Miniaturhäuser zum Wohnen zu entwerfen und zu bauen.

Neben diesem dynamischen Teil gibt es größere vorproduzierte Gebäude aus Holz oder Zelte, die für die Funktion des Spiels unverzichtbar sind und den baulichen und hygienischen Bestimmungen unterliegen. Das betrifft insbesondere den Eingangsbereich mit dem Einwohnermeldeamt, die Jobbörse, die Küche, das Rathaus und ein Medienzentrum mit Kinderradio und Stadtzeitung. Auch diese Gebäude werden von Kindern entworfen.

Der Aufbau soll vier Wochen vor der Eröffnung mit Erwachsenen und Kindern beginnen, so dass die zukünftigen Bewohner organisch in das Geschehen hingewachsen können.

2. Projektziele

Anliegen dieses offenen Spielraumes ist es, Kindern einen spielerischen Zugang zu der für sie sehr reizvollen, doch meist unerreichbaren und undurchschaubaren "Erwachsenenwelt" zu ermöglichen.

Offene und unkontrollierte Plätze verschwinden und mit ihnen Nutzungsmöglichkeiten, die Kinder früher im Nahraum der Wohnung hatten. Kinder werden vermehrt in Spezialräume gedrängt, die durch Hecken, Zäune und Mauern abgegrenzt sind: auf Spiel- und Sportplätze, in Kindereinrichtungen, Kurse und in Privaträume. Hier sind die Kinder abgetrennt von den meisten Erwachsenen und deren Arbeits- und Lebenszusammenhängen.

Es stellt sich die Frage, warum sie mit dem von Pflichten geprägtem Leben eines Erwachsenen soviel mitbekommen sollten, schließlich kommen sie noch früh genug damit in Berührung?

Ist es aber nicht auch so, dass es nichts spannenderes für Kinder gibt, als Erwachsene und deren Umfeld? Sie kopieren im Spiel oft das, was sie aus der Erwachsenenwelt aufschnappen und stellen z.B. den Beruf des Vaters oder der Mutter nach.

Mit der Kinderstadt sollen sie die Möglichkeit erhalten, die logische Kette von Geldverdienen, der Wahrnehmung alltäglicher und öffentlicher Aufgaben, Möglichkeiten der Einflussnahme, der Freizeitgestaltung bis hin zum Konsum selbst zu erfahren, zu erleben und eigenverantwortlich zu gestalten. Verbunden mit der rein sinnlichen Erfahrung in einem derartigen Spielraum sind auch andere Lernprozesse: als Stadtbürger sind Kinder Teil eines Ganzen, werden auf diverse Konfliktsituationen treffen, werden Möglichkeiten der direkten Einflussnahme entdecken und so ganz spielerisch Selbstvertrauen und Kommunikationsstärke lernen.

Hervorzuheben ist auch der politische, demokratische Bildungscharakter der Kinderstadt, denn Kinder werden innerhalb des Stadtlebens mit kommunalpolitischen Abläufen wie Wahlen und Stadtratssitzungen vertraut.

Die Kinder planen, entwerfen, bauen, gestalten und beleben ihre Stadt selbst.

Erwachsene geben lediglich Anregung und Hilfestellung.

Darüber hinaus bietet die Kinderstadt mit ihren Wechselwirkungen mit der reellen Stadt ein nennenswertes Podium für eine zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit für die Belange der Kinder. Die spielerische Auseinandersetzung mit dem Thema Stadt, insbesondere der Stadt Halle, kann auch als Gelegenheit gesehen werden, dass gerade junge HallenserInnen eine neue Sicht auf ihre Heimatstadt bekommen und sich mehr mit ihr verbunden fühlen. Wichtigstes Ziel des Projektes ist, Kindern über die spielerische Erfahrung Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten in ihrem Umfeld aufzeigen und sie zu animieren, diese wahrzunehmen. Parallel dazu sollen städtische Einrichtungen für die Partizipation von Kindern an Planung, Entscheidungen usw. sensibilisiert werden.

Die ausgewählte Zielgruppe der 6-14 Jährigen umfasst in Halle ca. 14500 SchülerInnen und ca. 8600 im Saalkreis. Unser Anliegen ist es, so breit wie möglich Kinder und Jugendliche in diesem Alter anzusprechen und zu beteiligen, d.h. auch behinderte Kinder, Kinder aus sozial schwachen Familien, aus Kinderheimen sowie Kinder aus Migrantenfamilien in das Projekt zu integrieren.

3. Kooperationspartner

Zur Umsetzung der Idee strebt das Thalia vielfältige Kooperationen mit:

(kultur-)pädagogischen Einrichtungen wie Kinder- und Jugendeinrichtungen.
 Vereinen, Jugendtreffs, Kinder- und Jugendwerkstätten, soziokulturellen Zentren etc.

Nachfolgend eine Auflistung der Kooperationspartner, die bereits in der Vorbereitungsphase mit uns an der Kinderstadt arbeiten. Einige dieser Partner werden Kindergruppen in ihren Einrichtungen aufbauen, mit denen sie entweder an einzelnen Einrichtungen für die Kinderstadt arbeiten, z.B. in Form von Überlegungen zur Stadtstruktur, oder ganz konkret den Bau der Häuser und deren Gestaltung übernehmen.

- 1. Arbeit und Leben BWZ gGmbH
- 2. Pflaster e.V.
- 3. Peißnitzhaus e.V.
- 4. Krokoseum (Frankesche Stiftungen)
- 5. Kinderbüro Halle
- 6. Spielmobil
- 7. AWO Kreisverband Halle e.V. Begegnungsstätte "Dornröschen"
- 8. Villa Jühling e.V.
- 9. Schule für Geistigbehinderte "Schule am Lebensbaum"
- 10. Landesbildungszentrum für Blinde und Sehbehinderte "Hermann von Helmholtz"
- 11. Evangelisches Jugend- und Studentenhaus "Orangerie"
- 12. Kinder-Kino-Klub im Lux.Kino
- 13. Integrativer Jugendclub Heide-Nord
- 14. Kreative Kinderwerkstatt Kindermuseum Halle e.V.
- 15. FEZ Wuhlheide in Berlin (Kinderstadt FEZitty)
- 16. Frankesche Stiftungen
- 17. Freizeit- und Begegnungszentrum Sankt Georgen e.V.

Mit weiteren Vereinen und Institutionen sind Gespräche und Kooperationen geplant.

Zusätzlich werden wir von der Stadt Halle unterstützt, z.B. Jugendamt, Schule-Sport-Bäder-Amt, Schulamt.

Es wird eine Städtepartnerschaft mit der Berliner Kinderstadt "FEZitty" vorbereitet, um eine überregionale Vernetzung der Kinderstädte zu ermöglichen. Wir werden eine Online – Verbindung der Städte einrichten, so dass die Kommunikation der Kinder über die Stadtgrenzen hinaus ermöglicht wird. Verstärkt wird die Kontaktaufnahme durch gegenseitige Besuche.

Mit den Frankeschen Stiftungen Halle besteht bereits eine in intensive Kooperation. Im Rahmen des Themenjahres 2004 "Aufklärung durch Bildung" finden spezifische Veranstaltungen mit Kindern statt. Wir führen Workshops zum Thema "Meine Schule ist ganz anders" durch. Inhalt ist die Vorstellung von verschiedenen Schulsystemen (z.B. Waldorf, Montessori), Schulen in anderen Ländern und Diskussion mit Kindern darüber. Ziel ist es Vorschläge für eine Schule zu sammeln, wie Kinder sie sich vorstellen.

Besonderes Interesse gilt auch der Zusammenarbeit mit **Schulen**.

Das Projekt soll in enger Zusammenarbeit mit Lehrern umgesetzt werden, möglichst durch eine aktive Einbindung der Ideenumsetzung in die Rahmenrichtlinien – z.B. in diverse Unterrichtsfächer und Projektwochen. Dazu werden alle Schulen angeschrieben und mit der Projektidee vertraut gemacht.

Das Thalia Theater und der Verein Kinderstadt Halle e.V. sind dabei, ausserschulische Kindergruppen aufzubauen, die sich bis zum Sommer inhaltlich und praktisch mit Fragen zum Thema Stadt beschäftigen werden. So wird es einen Kinderrat geben, der gesellschaftliche und politische Aspekte des Stadtlebens beleuchten wird. Die Stadtplanungskommission wird mit "jungen Architekten und Bauarbeitern" Fragen zur Gestaltung der Häuser, Stadtplanung und Materialauswahl erörtern. Die Kinder werden bei den wöchentlichen Treffen von Pädagogen unterstützt. Bereits zu diesen Treffen werden Kommunalpolitiker, Architekten, Städteplaner usw. eingeladen, bzw. werden die Kindergruppen in Ämter, zu Stadträten oder in Architekturbüros gehen, um die Aufgaben der Stadtplanung, Bau etc. in der "realen Stadt" kennenzulernen.

4. Öffentlichkeitsarbeit

Die Dimension und der modellhafte Charakter des Projektes für die Stadt und die Region erfordern eine breit angelegte Werbe- und PR-Kampagne.

Die frühzeitige Zusammenarbeit mit Kindern, Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen ermöglicht es uns, das Projekt bereits in der Planungsphase in das Bewusstsein der Zielgruppe, der Eltern, der Kooperationspartner – also einer breiten Öffentlichkeit – zu rücken.

Über die Ausschreibung eines Ideenwettbewerbes wird vor allem die Gruppe der 6-14 Jährigen mit der Projektidee langfristig und auf breiter Ebene vertraut gemacht. Des weiteren finden in der Startphase Informationsveranstaltungen für Schulen und potentielle Kooperationspartner statt.

Bei der eigentlichen Werbung für die Kinderstadt setzen wir auf möglichst kindgerechte Formen der Werbung: So ist eine Zusammenarbeit mit Kinderprogrammen von Fernsehen, Radio und Zeitung geplant.

Insbesondere kurz vor Beginn von "Halle an Salle 2004" werden zunehmend klassische Werbeformen wie Plakatwerbung, Flyer, Aufkleber, Postkarten, Werbeträger an Ortsaus- und Eingängen und Transparente in der Stadt zum Einsatz kommen. Zusätzlich werden wir einen Kinotrailer produzieren, der in den halleschen Kinos zu sehen sein wird und einen

Selbstverständlich werden vorhandene Werbemöglichkeiten des Theaters genutzt, so z.B. die Spielzeit- und Programmhefte, Beklebung der theatereigenen Fahrzeuge und Plakatflächen sowie die Internetseite. Das Projekt ist auch mit einer eigener Website online (www.kinderstadt-halle.de).

Mit der Öffentlichkeitsarbeit soll eine möglichst breite Gruppe angesprochen werden, bestehend aus Stadt, Sponsoren und anderen Unterstützern des Projektes. Deshalb wird es eine Informationsbroschüre geben, die insbesondere auf potentielle Sponsoren und Unterstützer ausgerichtet sein wird.

Eine besonders wirksame Vertretung in der Öffentlichkeit wird durch unseren Schirmherrn dem Bundespräsidenten Johannes Rau gewährleistet.

Die kalkulierten Kosten der Kinderstadt 2004 betragen 159.358 Euro. Finanziert wird aus Spendenmitteln, städtischen Mitteln (Thalia-Theater, FB 50, FB 51) und Stiftungsmitteln.

<u>Statistik der Jugendgerichtshilfe 2003 unter Berücksichtigung der Vorjahre (1999 – 2003)</u>

Fallstatistik

	1999		2000		2001		2002		2003	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
	1692	+12,5	1533	-9,4	1899	+23,9	1824	-3,9	1809	-0,8
Fallzahlen		·		·				·		·
Dav. weibl	237	14,0	281	18,3	409	21,5	450	24,7	405	22,4
Ausländer	79	4,7	85	5,5	91	4,8	111	6,1	96	5,3
Verhältnis										
Jugendliche/		52,7/	811/	52,9/	1128/	59,4/	1021/	66/	818/	45,2/
Heranwachsende		47,3	722	47,1	771	40,6	803	44	991	54,8

Fallzahlen mit Sozialraumzuordnung

Jahr			Fälle im	Sozialra	Ohne festen Wohnsitz	Amtshilfe		
	abs.	397	270	366	IV 409	331	17	28
2002	%	22,3	15,2	20,6	23,0	18,9		
	abs.	353	267	443	560	154	12	20
2003	%	19,9	15,0	24,9	31,5	8,7		

Altersskala (auf Tatzeit bezogen)

Alter	19	99	2000		20	2001		02	2003	
14 Jahre	174		29		125		33		103	
15 Jahre	230		189		253		170		211	
16 Jahre	237	892	311	811	479	1128	334	1021	253	818
17 Jahre	251		282		271		484		251	
18 Jahre	343		219		271		348		230	
19 Jahre	246	800	220	722	312	771	303	803	451	991
20 Jahre	211		283		188		152		310	
Gesamt	16	692	15	33	18	399	18	324	18	09

Fallzahl JGH in Bezug zur entsprechenden Alterspopulation in der Stadt Halle (Saale)

	1999		2000		2001		2002		2003	
	abs.	%								
Einwohner Stadt Halle (S)	253.224		246.450		241.710		237.951		238.078	
Alter 14-20 Jahre Davon JGH-Fälle	23.161 1.692	9,2 7,3	22.290 1.533	9,1 6,9	21.762 1.899	9,1 8,7	21.080 1.824	8,9 8,7	21.070 1.809	8,9 8,6

Definition:

(Nach Jugendgerichtsgesetz) Jugendliche von 14 bis 17 Jahre

Heranwachsende von 18 bis 20 Jahre

Stand 30.06.2003

	Sozialraum I	Sozialraum II	Sozialraum III	Sozialraum IV	Sozialraum V	Stadt
Jugendgerichtshilfe Fälle	182	127	202	277	68	856
Prozent der Altersgruppe	2,90%	3,50%	3,20%	5,20%	2,60%	3,60%
jeder x-ste Jugendliche	34	28	31	19	39	28

Anteil und tendenzielle Entwicklung ausgewählter Straftaten

	1999	2000	20	01	20	02	20	03
Delikt								
	%	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Diebstahl	39,9	38,3	814	42,9	622	34,1	751	41,5
Körperverletzung	14,5	15,7	360	19	348	19,1	332	18,4
Sachbeschädigung (auch Grafitti)	10,8	10,7	220	11,6	257	14,1	244	13,5
Fahren ohne Führersch.	8,0	6,9	120	6,3	86	4,7	101	5,6
Raub/räub.Erpressung	8,3	5,9	149	7,8	173	9,5	105	5,8
Fahren unter Alkohol, Unfallflucht	4,2	4,7	76	4	76	4,2	64	3,5
Unterschlagung, Betrug	4,0	4,4	81	4,6	98	5,4	100	5,5
Verstöße gegen BtMG		2,7	50	2,6	36	2	54	3

Leistungen der Jugendhilfe / richterliche Sanktionen

Leistung/	Art der Leistung/					
Sanktion	Sanktion	1999	2000	2001	2002	2003
	Einzelfallhilfe	18	9	4	3	6
	soz. Gruppenarbeit/					
Ambulante	soz. Traingskurs	28	13	14	5	5
Hilfen/	Präventionskurs					
Maßnahmen	gegen Ladendiebstahl	158	166	183	221	139
				43	54	54
	Verkehrskurs	89	64	72	89	99
	Täter-Opfer-Ausgleich					
	davon:	65	52	63	80	96
	. Delegierung an DPWV	24	12	9	9	3
	. Konfliktlösung in JGH					
Stationäre	Jugendheim/					
Hilfen/	Betreutes Wohnen	14	10	4	3	2 5
Maßnahmen	Medizinisch-	12	6	2	1	5
	therapeutische					
	Hilfe					
	Einstweilige Unterbringung	_		_		
	In einem Heim der Jugend-	7	4	5	1	3
Weisungen,	Hilfe (nach JGG)					
Auflagen,	Arbeitsweisung /	1084	935	1077	1092	860
Jugendarrest	Arbeitsauflage	454	457	450	(33560	(27853
	Geldbuße/Geldauflage	154	157	153	h)	h)
	Jugendarrest	59	36	52	164	125
	Varbaurährung				106	72
	Vorbewährung, Aussetzung der	176	144	130	128	100
lugondetrofo	3	170	144	130	120	100
Jugendstrafe (Freiheitsentzu	Verhängung Bewährung	112	85	92	95	80
`	Ohne Bewährung	112	00	92	90	00
g)	(Vollzug der Jugendstrafe)					
	(volizug dei Jugeriustiale)				L	

Verfahrensergebnisse, Verfahrensarten

	19	99	20	000	20	01	2002		2003	
Verfahrensabschluß	abs.	%								
Verfahrenseinstellung durch die Staatsanwalt- schaft (mit Auflagen)	555	32,8	591	38,6	802	42,2	680	37,3	802	44,3
Verfahrenseinstellung durch das Gericht (mit Auflagen)	349	20,6	314	20,5	410	21,6	438	24,0	385	21,3
Verurteilung nach dem Jugendgerichtsgesetz (JGG)	628	37,2	466	30,4	534	28,1	612	33,6	495	27,4
Freispruch	41	2,3	23	1,5	40	2,1	38	2,1	56	3,1
Anwendung des allge- meinen Strafrechts für junge Erwachsene (18 bis 20 Jahre)	118	7,0	139	9,0	113	6,0	56	3,0	71	3,9
Justizielle Entscheidung (gesamt)	16	92	15	33	18	399	18	24	18	309

Erläuterung, Wertung

Die Fallzahl ist seit 1999 Schwankungen unterworfen; die <u>Tendenz ist leicht fallend</u>. Der weibliche Anteil ist seit 1999 tendenziell steigend; etwa ¼ der Fälle 2003 betrifft Mädchen und junge Frauen.

Grund: Straftaten werden häufig und jugendtypisch aus der Gruppe /Clique heraus begangen. Die Unterschiede in der Geschlechterrollenverteilung und Rollenzuschreibung werden geringer.

Obwohl häufig festgestellt wird, dass die "Täter immer jünger" werden, liegt der Heranwachsenden- Anteil (18- 20 Jahre) 2003 über 50 %.

Erklärung: Zwischen Tatzeit und justitieller Reaktion liegen Zeiträume bis zu einem

Jahr und länger, so dass der eventuelle Rückgang im Jugendlichenbereich

damit erklärbar ist.

Sozialraumbezug:

Der Sozialraum IV (Halle- Neustadt) liegt mit fast 1/3 der Fälle über dem Durchschnitt (Steigerung seit 2002).

Sozialraum III ist im Fallbezug mit ca. 25 % vertreten, wobei die Anstiege die südliche Innenstadt und Südstadt betreffen.

Sozialraum V liegt weit unter dem Durchschnitt, Tendenz fallend. Das betrifft die etablierten Gebiete Kröllwitz, Dölau, Nietleben und Heide- Süd.

Straftaten

Bei <u>Diebstahl</u> ist seit 1999 keine steigende Tendenz erkennbar, aber mit etwa 40 % im Fallaufkommen durchweg dominierend.

Die Rohheitsdelikte (Körperverletzung, Raub, Erpressung) sind seit 2002 nicht mehr angestiegen, nehmen aber 2003 immer noch ¼ aller Straftaten ein.

Jugendliche und Heranwachsende sind diesbezüglich nach wie vor in der Gesamtheit der Rohheitsdelikte überrepräsentiert.

Verfahrensarten, Verfahrensergebnisse

Die Diversion, also die Umgehung der gerichtlichen durch Urteil definierten Strafen, steigt in der Häufigkeit seit 1999 und nimmt 2003 2/3 der Reaktion ein (= ambulante Maßnahmen, soziale Trainingskurse, Täter- Opfer- Ausgleiche u.a.).

Die Zahl der Jugendstrafen (mit oder ohne Bewährung) ist von 1999 (288 Jugendstrafen) bis zum Jahr 2003 (180 Jugendliche) gesunken.

zu 5 Vergabe von Fördermitteln an die Träger der freien Jugendhilfe aus dem Projektbudget 2004

- Innovative Projekte Vorlage: III/2004/03900

Wortprotokoll:

Die Beschlussvorlage wurde durch die Verwaltung zurückgezogen (siehe Begründung TOP 2)

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Wortprotokoll:

Es lagen keine Anträge vor.

zu 7 Anfragen von Stadträten

Wortprotokoll:

Herr Rochau beantwortete die in der Sitzung am 15.01.04 gestellten Anfragen von Stadträten wie Folgt:

Zur Anfrage von Herrn Godenrath zur Schließung des Objektes "Silva" am 26.12.04 teilte er mit, dass Rücksprache mit dem Träger des Objektes genommen wurde. Dieser teilte mit, dass das Objekt "Silva" am 1. und 2. Weihnachtsfeiertag von 11.00 - 16.00 Uhr geöffnet war.

Herr Godenrath merkte hierzu an, dass eine Schließung nach 16 Uhr aufgefallen war.

Zur Anfrage von Frau Ute Haupt zur Nutzung des ehem. KIGA in Halle-Tornau teilte Herr Rochau mit, dass eine Nutzung des Gebäudes nicht möglich ist, da einerseits das Gebäude zum Verkauf ausgeschrieben ist und andererseits auf Grund von Baufälligkeit keine Sicherheit für Nutzende gewährleistet werden könnte. Durch Streetwork wurde informiert, dass die Jugendclique in Tornau nicht mehr in der ehemaligen Zusammensetzung besteht. Es sind jetzt nur noch 5 Jugendliche, welche auch weiterhin durch den Bereich Streetwork begleitet werden.

Frau Dr. Bergner verwies darauf, dass sie vor einiger Zeit hinsichtlich des Fachkonzeptes KITA um eine Stellungnahme der Verwaltung zu Unstimmigkeiten bzgl. von Platzkapazitäten kommunaler/freier Träger als auch der Vertretungspauschale gebeten hatte.

Frau Szabados antwortete, dass die Bedarfs- und Entwicklungsplanung KITA bis Ende 2004 beschlossen worden war. Jetzt hat sich herausgestellt, dass es zum 01.08.04 eine neue Planung im KITA-bereich geben muss. Nach dem neuen KiFÖG wurde anfangs davon ausgegangen, dass 60% Halbtags- und 40% Ganztagsplätze in Anspruch genommen werden. Mittlerweile hat sich gezeigt, dass der Stand bei 50/50 durchschnittlich in der Stadt liegt, territorial unterschiedlich aufgeteilt.

Zum Personalschlüssel wies sie darauf hin, dass hier nach der Empfehlung des Ministeriums gegangen wurde und dies bei den kommunalen und freien Trägerschaften entsprechend gehandhabt wird.

Anfragen von Frau Ute Haupt zu:

- 1. dem aktuellen Stand der Umsetzung des Graffiti-Präventionskonzeptes
- 2. der Situation in Tornau; hierbei geht es nicht nur um die Jugendclique und die Gebäudenutzung des ehm. KIGA. Generell sollte auch geprüft werden, inwieweit für die wärmeren Monate dort z.B. eine Tischtennisplatte aufgestellt werden könnte.
- 3. dem Brand in der KITA "Silberglöckchen" und der weiteren Nutzung der Einrichtung

Frau Szabados antwortete zur 1. Frage, dass in der nächsten Sitzung ein Bericht zur Kinderdelinquenz gehalten wird. Zu diesem TOP wird dann ebenfalls auf die Umsetzung des Präventionskonzeptes "Für Graffiti gegen Sachbeschädigung" eingegangen.

Herr Rochau antwortete zu 2., dass klar ist, dass auch die Randgebiete in Halle eine Rolle spielen. Wenn Jugendcliquen bestehen, ist klar, dass durch Streetwork hier ebenfalls eine entsprechende Begleitung erfolgt.

Frau Szabados informierte zu 3., dass derzeitig durch die Polizei und Versicherung der Brand geprüft wird. Da die Ermittlungen noch laufen, kann derzeitig nichts Näheres zum Brand gesagt werden, außer dass Brandstiftung vermutet wird. Die Kinder wurden zur Betreuung in andere Einrichtungen gegeben, so dass alle Kinder untergebracht werden konnten. Wie mit dem Objekt weiter verfahren wird, wird derzeitig geprüft.

zu 8 Mitteilungen

Wortprotokoll:

Frau Wolff informierte, dass der Unterausschuss Jugendhilfeplanung zu den "Prioritäten und Diensten der Jugendhilfe" zweimal getagt hat. Vor der heutigen Ausschusssitzung kamen die Mitglieder des UA zusammen, um sich mit der Verwaltung dazu nochmals zu verständigen. Es konnte heute ein Ergebnis erzielt werden, welches die Verwaltung jetzt in einer Beschlussvorlage vorlegen wird.

Frau Szabados sprach hierzu an, dass die Vorlage jetzt erarbeitet und in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses eingebracht wird. Es war klar, dass zu dieser Thematik rechtzeitig der UA Jugendhilfeplanung einbezogen werden muss, was zeitnah erfolgte. Es gab eine gute Vorarbeit durch die Beteiligten. Diese Vorlage wird noch im Bildungs-, Kulturund Hauptausschuss behandelt und soll spätestens im Mai zur Entscheidung dem Stadtrat vorgelegt werden. Sie verwies eindringlich darauf, dass eine Entscheidung vor Beendigung der Legislaturperiode herbeigeführt werden sollte, da die jetzigen Ausschuss- und Stadtratsmitglieder mit dieser Problematik eng vertraut sind.

Herr Kramer sprach an, dass ein Beschluss im Mai dringend erforderlich ist, damit die Freien Träger eine Planungssicherheit für 2005 haben. Beim Wegfall von Diensten und Personalstellen müssen auch Kündigungsfristen eingehalten werden.

Weitere Mitteilungen:

Frau Wolff informierte, dass allen Mitgliedern eine Dokumentation der Fachtagung "Familie:Spielball des Zeitgeistes oder Anker der Tradition?" des CVJM Familienzentrum Faz-halle zur Kenntnisnahme vorgelegt wurde.

Frau Szabados informierte, dass durch den Verein "Wir helfen e.V." das Hortprojekt "Abenteuer – Zirkus" unterstützt wird. Am 29. April 2004 findet ab 15 Uhr die öffentliche Abschlussveranstaltung des Projektes im Innenhof der Moritzburg statt. Alle Mitglieder des Ausschusses sind hierzu herzlich eingeladen. Eine gesonderte Einladung erfolgt nicht extra.

Herr Rochau informierte, dass die neue Schöffenamtsperiode am 01.01.2005 beginnt. Daher sind Jugendschöffen neu zu wählen. Im Amtsblatt Ende März wird die entsprechende Werbung veröffentlicht. Ansprechpartner sind in der Jugendgerichtshilfe Herr Sperk, Tel. 221-5685 und Frau Meyer, Tel. 221-5737. Er bittet um Unterstützung bei der Werbung geeigneter Personen für dieses Ehrenamt.

zu 9 Anregungen	
Wortprotokoll:	
Es gab keine Anregungen.	
gez. Hanna Haupt	gez.Kaupke
Ausschussvorsitzende	Protokollantin